

## Analyse & Debatte



Ein so «einig Volk von Brüdern» sind die Schweizer selten: Rütli-Szene aus einem Tellspektakel im Jahr 1935. Foto: Arkivi, akig-images

# Eine fremde Sprache

Und plötzlich steht wieder der nationale Zusammenhalt auf dem Spiel. So gross ist dieser nicht - trotz Zwang zum Frühfranzösisch. Von Philipp Loser

Kürzlich führten wir ein sehr angeregtes Interview mit Alt-Bundesrat Pascal Couchepin in seiner Residenz in Martigny. Den Kaffee am Bahnhof bestellten wir auf Französisch, das Gespräch mit Couchepin führten wir glücklicherweise auf Deutsch. Nach der Autorisierung schickte uns Couchepin eine Mail mit der Bitte um eine einzige Änderung. Es ging um junge Rechtspolitiker, um gewisse Nuancen und um Sektiererei, war auf Französisch abgefasst und stellte uns vor fast unlösbare Probleme. Wir zeigten die Textstelle einem, zwei, drei Kollegen, bis wir endlich glaubten, den ehemaligen Bundesrat richtig verstanden zu haben. Ja, Französisch ist schwierig für einen Deutschschweizer. Und ja, wenn jetzt zum gefühlten tausendsten Mal der Sprachenstreit zwischen der West- und der Ostschweiz ausbricht, werden wir wieder ganz viele solcher Anekdoten zu lesen und zu hören bekommen. Schüler, die nach fünf Jahren Französischunterricht nicht nach dem Weg zur «gare» fragen können. Studenten aus der Deutschschweiz und der Romandie, die sich auf Englisch unterhalten. Erwachsene, die noch nie den anderen Landesteil besucht haben.

### Grosse Worte, schwierige Worte

Die Reaktionen auf die Drohung von Bundesrat Alain Berset (ausgerechnet ein Welscher!), die Kantone zu Frühfranzösisch zu zwingen, sind die gleichen, die dieser Streit seit Jahrzehnten hervorruft. Auf der einen Seite wird die Vergeblichkeit beschworen, Deutschschweizer Kindern Französisch beizubringen - sollen sie lieber etwas Richtiges lernen. Englisch zum Beispiel. Auf der anderen Seite wird es gern und schnell grundsätzlich. Da geht es dann um den nationalen Zusammenhalt, um die Kohäsion zwischen den Landesteilen, um den Schutz der sprachlichen Minderheiten. Um die Schweiz als Ganzes.

Grosse Worte, schwierige Worte. Wie misst man so etwas wie den nationalen Zusammenhalt? Ist es ein Indiz, dass heute mehr Deutschschweizer in der Romandie leben (und umgekehrt) als vor hundert Jahren? Kann man sich in dieser Frage überhaupt auf etwas anderes verlassen als das eigene Gefühl? Und will man überhaupt darüber reden?

Christoph Eymann, frankophiler Basler Bildungsdirektor und bis Herbst noch Präsident

der Eidgenössischen Bildungsdirektorenkonferenz, fürchtet sich vor der Debatte. Er machte sich diese Woche in einem Interview mit dem «Tages-Anzeiger» Gedanken über die Folgen der Intervention von Berset. «Hätte ein Bundesgesetz im Parlament eine Chance? Wenn ja, würde gegen das Gesetz sicher ein Referendum ergriffen. Das würde den Zusammenhalt des Landes sicher mehr gefährden als eine Ausnahmeregelung.» Eine solche Debatte würde wüst werden, sagt Eymann, würde Wunden schlagen, die man nur schwer heilen könnte. Schon heute fehle das Bewusstsein für den anderen. Das Welschlandjahr gibt es so nicht mehr, das Militär als Raum für Austausch zwischen Schichten und Regionen habe an Bedeutung verloren. «Als Klammer bleibt nur noch die Volksschule.» Natürlich sei es arg pathetisch, wenn man in solchen Fragen immer gleich die «cohésion nationale» bemühe. «Aber wir spüren es doch alle. Subkutan zumindest. Es läuft in eine falsche Richtung.»

Tut es. Und der Sprachenstreit zwischen der Romandie und der Deutschschweiz ist dabei wohl noch eines der kleineren Probleme. Schaut man sich den politischen Diskurs der Schweiz im vergangenen Jahrzehnt an, ist es tatsächlich schwierig, so etwas wie einen nationalen Zusammenhalt zu definieren. Natürlich gibt es Symbole, auf die wir uns alle verständigen können. Harmlose Dinge. Roger Federer, die SBB (auch wenn sie ständig nerven), der Cervelat und jenes dunkle Brot, das man im Ausland nur ganz schwer bekommt.

## «Die Schweiz ist in vielen Fragen ein gespaltenes Land.»



Philipp Loser  
Redaktor Inland

Wenn es aber nicht mehr nur um Würste geht, wenn wir über Ideen sprechen, wird es schwierig. Die Schweiz, wie sie sich heute präsentiert, ist in vielen Fragen ein gespaltenes Land. Die Menschen in der Stadt verstehen nicht mehr richtig, was die Menschen auf dem Land möchten - und umgekehrt. In entscheidenden Themen gibt es grosse Unterschiede zwischen alten und jungen Schweizern. Und über allem steht die Frage nach dem richtigen Platz der Schweiz in der Welt. Etwa die Hälfte der Schweizerinnen und Schweizer möchte nichts von Europa und der EU wissen, will «souverän» und «unabhängig» bleiben. Die andere Hälfte spürt, dass dies wohl zu kurz gedacht ist (kann es aber nicht so treffend auf den Punkt bringen).

### Wir gegen die anderen

Verblüffend an dieser wohl tiefsten Konfliktlinie in der Schweiz ist die Leichtigkeit, mit der die eine Seite schwierige Dinge ausblendet. All die Bewahrer, Abschotter und Hohepriester der Souveränität machen ihre Erzählung von einer Prämisse abhängig, die sie selber gar nicht kennen. Wir gegen die anderen. Die unabhängige Schweiz gegen den europäischen Moloch. Aber wer sind denn wir? Wer gehört in diese Schweiz, die unbedingt souverän bleiben soll? Was ist mit denen, die diesen Diskurs falsch finden? Was ist mit den 25 Prozent der Landesbevölkerung, die keinen Schweizer Pass besitzen? Was haben Deutschschweizer tatsächlich mit den Romands zu tun? Ein Basler mit einem Schwyzler? Wir reden die ganze Zeit über nichts anderes als über unser Land, unsere Identität, immer nur über uns, uns, uns. Wenn es um Frühfranzösisch in der Schule geht oder den Grad an Eidgenossenschaftigkeit der Nationalmannschaft. Dabei sprechen wir gar nicht richtig darüber. Die Debatte - das sieht man jetzt wieder beim Sprachenstreit - erschöpft sich im Beschwören von grossen Worten. Nationaler Zusammenhalt! Cohésion nationale! Unabhängigkeit!

Genau aus diesem Grund sollte sich Bildungsdirektor Eymann nicht vor einem Referendum und einer echten Debatte darüber fürchten, was die Schweiz ausmacht. Vielleicht wäre so eine Debatte sogar gut. Auch wenn wir im schlimmsten Fall nur begreifen, dass man nicht unbedingt eine andere Sprache sprechen muss, um sich nicht zu verstehen.

**Gastbeitrag** Schweizer Dörfer sollten ihr Personal besser bezahlen. Von Oliver Dlabac

## Ehre allein reicht nicht als Lohn

Der Schweizerische Gemeindeverband hat letzte Woche auf die prekäre Lage bei der Besetzung öffentlicher Ämter in den Gemeinden reagiert. Seine Kampagne soll aufzeigen, wie Junge mit einem ehrenamtlichen Exekutivamt persönlich und beruflich weiterkommen können. Eigentlich liegt auch bei den Frauen grosses Potenzial brach. Entscheidend wäre jedenfalls, dass auch die politischen Parteien ihre Rekrutierungsbemühungen vor Ort verstärken würden - auch dort, wo gar keine Parteistrukturen existieren.

Das Problem der Kampagne: Die mangelnde Bereitschaft zur Übernahme eines Milizamts hat handfeste Gründe. Bürgerinnen und Bürger sind bereits beruflich und familiär stark gefordert. Zudem führen die erhöhten gesellschaftlichen Erwartungen und kantonalen Vorgaben zur Überforderung der Milizstrukturen. Ausgehend von diesen beiden Punkten, werden gegenwärtig unterschiedliche Reformvorschläge diskutiert.

Beim ersten Punkt setzt der von Avenir Suisse propagierte allgemeine Bürgerdienst an. Neben dem Militär- oder dem Zivildienst würde dann auch ein öffentliches Amt in der Gemeinde an den Bürgerdienst angerechnet. Dies sei nötig, da Arbeitgeber ihre Angestellten nicht mehr für ein politisches Amt freistellen würden.

Den zweiten Grund greift der oberste Zürcher Gemeindepräsident auf: Anstelle komplexer kantonalen Vorgaben brauche es mehr Gestaltungsspielraum für die Gemeinden.

### Gemeinderat als Teilzeitjob

Gemeinsam haben diese Vorschläge, dass sie an der Ehrenamtlichkeit der Ämter festhalten, ohne dass klar wäre, wie damit den gestiegenen gesellschaftlichen Erwartungen entsprochen werden könnte. Einen anderen Weg gehen zahlreiche Gemeinden im Kanton Luzern, die mit gut entschädigten Teilzeitpensen, zusätzlichen Verwaltungsstellen und einem vollamtlichen Geschäftsführer gute Erfahrungen machen. Anstatt dass die Gemeinderäte eine Machtkonzentration beim Geschäftsführer beklagen würden, schätzen sie den Zugriff auf das erweiterte Fachwissen in der Verwaltung. Ihr Teilzeitarbeit ermöglicht ihnen dann die seriöse Vorbereitung der Sachgeschäfte.

In einer Studie am Zentrum für Demokratie Aarau haben wir anhand der Wahldaten ab 1970 die Entwicklung der Rekrutierungsschwierigkeiten in den Aargauer Gemeinden untersucht. Während grosse Gemeinden keine Probleme haben, versuchen kleinere Gemeinden, ihren Gemeindeführer mit der Verwaltungsführung zu betrauen. Dabei haben sie versäumt, gleichzeitig die Gemeindeverwaltung aufzustocken oder Teilämter für die Gemeinderäte einzuführen. Die grössten Rekrutierungsschwierigkeiten haben aber ganz klar jene Gemeinden, die ganz auf Reformen verzichtet haben. Hier sind die ehrenamtlichen Mitglieder des weitverzweigten Kommissionswesens auf sich selbst gestellt.

Wenn der Vizepräsident des liberalen Thinktanks Avenir Suisse vor einer «schleichenden Professionalisierung» oder vor der Entstehung einer «Classe politique» warnt, dann stärkt er jenen Reflex, dem die Bürger der betroffenen Gemeinden schon folgen: Forderungen nach höheren Entschädigungen werden abgeschmettert, der Aufbau einer minimalen Verwaltung wird im Keim erstickt. Dabei sind Teilzeitämter nach Luzerner Vorbild durchaus vereinbar mit dem Milizprinzip: Die Amtsträger stehen noch immer mit einem Fuss im angestammten Beruf. Und während ein bis zwei zusätzliche Verwaltungsangestellte eine spürbare Entlastung darstellen, drohen deshalb noch lange keine aufgeblähten Verwaltungen - dafür sorgt in der Schweiz der ausgeprägte Steuerwettbewerb.

Der Entscheid liegt bei Ihnen: Soll Ihre Gemeinde zum Leidwesen aller nach dem Prinzip der Ehrenamtlichkeit verwaltet werden? Oder soll eine motivierte und gestärkte Milizbehörde die Gemeinde in die Zukunft führen?



Oliver Dlabac  
Der Projektleiter am Zentrum für Demokratie Aarau leitete eine Studie zur Milizorganisation in den Aargauer Gemeinden und ist Mitherausgeber der Publikation «Demokratie in der Gemeinde - Herausforderungen und mögliche Reformen».